

Leitlinien

Zu Art und Inhalt der Bestimmungen der Kooperationsvereinbarungen
(Artikel 79 CCPRRR)

Inhalt

1	Anwendungsbereich.....	3
2	Rechtsrahmen, Abkürzungen und Begriffsbestimmungen	4
2.1	Rechtsrahmen.....	4
2.2	Abkürzungen.....	5
2.3	Begriffsbestimmungen.....	5
3	Zweck.....	6
4	Einhaltung der Leitlinien und Meldepflichten.....	6
4.1	Status dieser Leitlinien	6
4.2	Meldepflichten	6
5	Leitlinien zu Art und Inhalt der Bestimmungen von Kooperationsvereinbarungen.....	7
5.1	Teil 1 – Zweck, Anwendungsbereich und allgemeine Bestimmungen.....	7
5.2	Teil 2 – Arten und Inhalt der Bestimmungen, die die Kooperationsvereinbarungen enthalten können	8
5.3	Teil 3 - Aspekte der Vertraulichkeit.....	13
6	Anhang 1 – Muster für eine Kooperationsvereinbarung	15

1 Anwendungsbereich

Wer?

1. Diese Leitlinien richten sich an die Abwicklungsbehörden.

Was?

2. Diese Leitlinien gelten in Bezug auf Artikel 79 CCPRRR über die Art und den Inhalt der Bestimmungen von Kooperationsvereinbarungen.

Wann?

3. Diese Leitlinien gelten nach Ablauf von zwei Monaten nach dem Datum ihrer Veröffentlichung auf der ESMA-Website in den Amtssprachen der Europäischen Union.

2 Rechtsrahmen, Abkürzungen und Begriffsbestimmungen

2.1 Rechtsrahmen

CCPRRR	Verordnung (EU) 2021/23 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014, (EU) Nr. 806/2014 und (EU) 2015/2365 sowie der Richtlinien 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2007/36/EG, 2014/59/EU und (EU) 2017/1132 ¹
Delegierte Verordnung Nr. 152/2013	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 152/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 über Eigenkapitalanforderungen an zentrale Gegenparteien ²
Delegierte Verordnung Nr. 153/2013	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 153/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 in Bezug auf technische Regulierungsstandards für Anforderungen an zentrale Gegenparteien ³
EMIR	Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister ⁴
ESMA-Verordnung	Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/77/EG der Kommission ⁵

¹23456
²23456
³3456
⁴456
⁵56

2.2 Abkürzungen

<i>CCP</i>	Zentrale Gegenpartei (Central Counterparty)
<i>ESMA</i>	Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde
<i>EU</i>	Europäische Union

2.3 Begriffsbestimmungen

4. Soweit nichts anderes angegeben ist, kommt den in diesen Leitlinien verwendeten Begriffen jeweils dieselbe Bedeutung zu wie in der CCPRRR, der EMIR und den Delegierten Verordnungen Nr. 152/2013 und Nr. 153/2013.

3 Zweck

5. Diese Leitlinien stützen sich auf das in Artikel 79 Absatz 4 Unterabsatz 2 CCPRRR enthaltene Mandat zur Herausgabe von Leitlinien. Gemäß Artikel 79 Absatz 4 hat die ESMA Leitlinien zu erarbeiten, in denen die Art und der Inhalt der Bestimmungen der oben genannten Kooperationsvereinbarungen festgelegt werden. Ziel dieser Leitlinien ist es, innerhalb des Europäischen Finanzaufsichtssystems kohärente, effiziente und wirksame Aufsichtspraktiken zu schaffen und eine gemeinsame, einheitliche und kohärente Anwendung von Artikel 79 Absätze 3 und 4 der CCPRRR sicherzustellen.

4 Einhaltung der Leitlinien und Meldepflichten

4.1 Status dieser Leitlinien

6. Gemäß Artikel 16 Absatz 3 der ESMA-Verordnung müssen die zuständigen Behörden (d. h. die gemäß Artikel 3 CCPRRR benannten Abwicklungsbehörden) alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um diesen Leitlinien nachzukommen.
7. Die zuständigen Behörden und Abwicklungsbehörden, für die diese Leitlinien gelten, sollten diesen nachkommen, indem sie diese gegebenenfalls in ihre nationalen Rechts- und/oder Aufsichts- und Abwicklungsrahmen aufnehmen.

4.2 Meldepflichten

8. Innerhalb von zwei Monaten ab dem Datum der Veröffentlichung der Leitlinien in den EU-Amtssprachen auf der Website der ESMA müssen die diesen Leitlinien unterliegenden zuständigen Behörden der ESMA mitteilen, ob sie den Leitlinien (i) nachkommen, (ii) nicht nachkommen, jedoch ihnen nachzukommen beabsichtigen, oder (iii) ihnen nicht nachkommen und ihnen nicht nachzukommen beabsichtigen.
9. Im Fall der Nichteinhaltung der Leitlinien müssen die zuständigen Behörden der ESMA außerdem innerhalb von zwei Monaten, nachdem die Leitlinien in den EU-Amtssprachen auf der ESMA-Website veröffentlicht wurden, die Gründe für die Nichteinhaltung der Leitlinien mitteilen.
10. Eine Vorlage für diese Mitteilung ist auf der ESMA-Website verfügbar. Die ausgefüllte Vorlage ist an die ESMA zu übermitteln.

5 Leitlinien zu Art und Inhalt der Bestimmungen von Kooperationsvereinbarungen

5.1 Teil 1 – Zweck, Anwendungsbereich und allgemeine Bestimmungen

Leitlinie 1

In der Kooperationsvereinbarung sollten Zweck und Ziel der Kooperationsvereinbarung sowie gegebenenfalls Begriffsbestimmungen festgelegt werden.

In der Kooperationsvereinbarung sollten Mittel für die Zusammenarbeit und Interaktion zwischen ihren Unterzeichnern festgelegt werden, einschließlich des regelmäßigen Informationsaustauschs, sowohl während der normalen Geschäftszeiten bei der Vorbereitung auf eine Krise als auch während Abwicklungssituationen und in Krisenzeiten, z. B. bei der Anwendung der Abwicklungsinstrumente.

Leitlinie 2

Die Kooperationsvereinbarung sollte nicht rechtsverbindlich sein und keine Rechte, Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten begründen, die von den Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, oder von Dritten durchgesetzt werden können. Die Kooperationsvereinbarung sollte vorsehen, dass sie auf Gegenseitigkeit beruht und keine Aufhebung der Immunität oder des Vorrechts darstellt.

Aus der Kooperationsvereinbarung sollte hervorgehen, dass sie keine nationalen oder EU-Rechtsvorschriften ersetzt oder frühere ähnliche Vereinbarungen, wie z. B. Absichtserklärungen, Erklärungen zur Zusammenarbeit, Kooperationsvereinbarungen und Vereinbarungen über technische Hilfe, abändert oder ersetzt.

Die Kooperationsvereinbarung sollte nicht zu Konflikten mit anderen ähnlichen Vereinbarungen oder Übereinkommen führen, an denen die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, beteiligt sind.

Die Kooperationsvereinbarung kann vorsehen, dass sie von Zeit zu Zeit im gegenseitigen Einvernehmen überprüft und geändert wird. Jede Behörde, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet hat, kann einseitig von einer Kooperationsvereinbarung zurücktreten, indem sie dies der anderen Partei rechtzeitig vorher schriftlich mitteilt.

5.2 Teil 2 – Arten und Inhalt der Bestimmungen, die die Kooperationsvereinbarungen enthalten können

Leitlinie 3

Die Kooperationsvereinbarung sollte alle Bereiche der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs abdecken, um eine wirksame grenzüberschreitende Abwicklungsplanung und Abwicklungsmaßnahmen zu unterstützen, wobei dem Zuständigkeitsbereich und den Befugnissen der Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, Rechnung zu tragen ist.

Die Kooperationsvereinbarung sollte es einer EU-Behörde ermöglichen, die Informationen zu erhalten, die sie benötigt, um die in Artikel 79 Absatz 3 CCPRRR aufgeführten Aufgaben wahrzunehmen und die Befugnisse in Bezug auf Abwicklung, Bewertung der Abwicklungsfähigkeit, Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklungsfähigkeit sowie Frühinterventionsmaßnahmen für die CCP (oder bestimmte Gruppen, einschließlich solcher CCPs) im Rahmen der CCPRRR auszuüben.

Unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sollte der Austausch von Informationen die in den nachstehenden Leitlinien 4 bis 8 aufgeführten Aspekte umfassen, jedoch nicht darauf beschränkt sein.

Leitlinie 4

Die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, sollten sich bemühen, Informationen auszutauschen, die für die Ausarbeitung, Erstellung und Fortschreibung von Abwicklungsplänen im Einklang mit Artikel 12 CCPRRR und ähnlichen Anforderungen nach dem Recht des Drittlandes erforderlich sind, einschließlich, aber nicht beschränkt auf:

- wenn der Abwicklungsplan Situationen allgemeiner finanzieller Instabilität oder systemweite Ereignisse berücksichtigt und die ermittelten möglichen Situationen und Szenarien das Drittland einbeziehen;
- wenn es in Bezug auf Clearingmitglieder (und, soweit die Informationen verfügbar sind, ihre Kunden und indirekten Kunden) oder verbundene FMI identifizierte Verbindungen in ein Drittland gibt;
- wenn wechselseitige Abhängigkeiten oder gemeinsame Finanzmärkte bestehen,
- wenn es von der CCP bediente Handelsplätze gibt, die sich in dem Drittland befinden und

- wenn der Abwicklungsplan das Finanzsystem in einem bestimmten Drittland berücksichtigt und einbezieht.

Darüber hinaus sollten sich die Behörden bemühen, bei der Erstellung des Abwicklungsplans innerhalb des in Leitlinie 10 vorgesehenen Zeitrahmens Konsultationen zu führen und zusammenzuarbeiten, wobei die Grundsätze gemäß Artikel 77 CCPRR oder ähnliche Bestimmungen nach dem Recht des Drittlandes zu berücksichtigen sind.

Leitlinie 5

Die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, sollten sich bemühen, Informationen auszutauschen, die für die Durchführung der Bewertung der Abwicklungsfähigkeit nach Artikel 15 CCPRR (einschließlich der in Abschnitt C des Anhangs der CCPRR aufgeführten Aspekte) und ähnlicher Anforderungen nach dem Recht des Drittlandes erforderlich sind, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Informationen in Bezug auf:

- wenn die CCP über Kerngeschäftsbereiche, Rechts- und Unternehmensstrukturen und kritische Operationen verfügt, die mit einem Drittland verbunden oder verknüpft sind;
- wenn Finanzierungsabhängigkeiten mit einem Drittland verknüpft sind;
- wenn wesentliche Dienstleistungsvereinbarungen bestehen, die mit einem Drittland verknüpft oder verbunden sind oder die in einem Drittland abgeschlossen wurden;
- wenn es relevant ist, Verfahren für den Übergang von Dienstleistungen, die im Rahmen von Dienstleistungsvereinbarungen in einem Drittland erbracht werden, in Betracht zu ziehen, beispielsweise im Falle der Trennung kritischer Funktionen oder Kerngeschäftsbereiche;
- wenn es in einem Drittland für die CCP relevante Zahlungs- und/oder Abrechnungssysteme gibt;
- wenn auf Informationen von Unternehmen in einem Drittland zurückgegriffen wird, die für die CCP relevant sind;
- wenn gruppeninterne Abhängigkeiten in einem Drittland bestehen;
- wenn vorgesehen ist, dass eine Drittlandsbehörde die Abwicklungsbehörde in einer Abwicklungssituation unterstützt;
- wenn in Erwägung gezogen werden kann, Abwicklungsinstrumente so anzuwenden, dass eine Abwicklung wesentliche Auswirkungen auf ein Drittland haben oder teilweise in einem Drittland durchgeführt werden kann;
- wenn die CCP über Clearingmitglieder oder Sicherungsvereinbarungen in einem Drittland verfügt und sich dies auf die Abwicklung auswirken könnte;

- wenn die Glaubwürdigkeit der Anwendung von Abwicklungsinstrumenten in einer Weise, die den Abwicklungszielen entspricht, von möglichen Maßnahmen der Behörden von Drittländern abhängig ist und
- wenn die Abwicklung der CCP Auswirkungen auf das Finanzsystem haben kann, Auswirkungen auf das Vertrauen der Finanzmärkte hat und wenn Ansteckungsrisiken bestehen, die mit einem Drittland verbunden oder für einen Drittland relevant sind.

Leitlinie 6

Die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, sollten bestrebt sein, Informationen in Bezug auf die Anwendung von Befugnissen zum Abbau oder zur Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklungsfähigkeit gemäß Artikel 16 CCPRRR und ähnlichen Befugnissen nach dem Recht des Drittlands auszutauschen, einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf, Informationen in Bezug auf ihre Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der CCP.

Die Kooperationsvereinbarung sollte auch vorsehen, dass die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, Maßnahmen vermeiden, von denen vernünftigerweise erwartet werden kann, dass sie die Abwicklungsfähigkeit erheblich behindern, indem sie in den Abwicklungsplan eingreifen und in anderen Teilen der CCP oder der Gruppe oder im Finanzsystem des Zuständigkeitsbereichs der anderen Behörde Instabilität auslösen.

Leitlinie 7

Die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, sollten sich bemühen, Informationen in Bezug auf die Anwendung von Frühinterventionsmaßnahmen nach Artikel 18 der CCPRRR auszutauschen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Informationen in Bezug auf Fälle, in denen die zuständige Behörde zu dem Schluss gekommen ist, dass eine der in Artikel 18 Absatz 1 CCPRRR genannten Bedingungen gemäß Artikel 18 Absatz 6 CCPRRR erfüllt ist, oder in denen einer oder mehrere der in den (gemäß Artikel 18 Absatz 8 CCPRRR herausgegebenen) Leitlinien für Frühinterventionsmaßnahmen vorgesehenen Indikatoren erfüllt ist oder sind, und in denen die Behörde die Situation als wesentlich oder bedeutsam ansieht, sowie im Rahmen ähnlicher Befugnisse nach dem Recht des Drittlandes.

Die Kooperationsvereinbarung sollte auch vorsehen, dass die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnen, so weit wie möglich Maßnahmen vermeiden, von denen vernünftigerweise erwartet werden kann, dass sie die Abwicklungsfähigkeit durch die Annahme von Frühinterventionsmaßnahmen wesentlich beeinträchtigen, die eine Instabilität in anderen Teilen der CCP oder der Gruppe oder im Finanzsystem des Zuständigkeitsbereichs der anderen Behörde auslösen könnten.

Leitlinie 8

Die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, sollten bestrebt sein, Informationen in Bezug auf die Anwendung von Abwicklungsinstrumenten und die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen gemäß Titel III Kapitel 1 Abschnitt 2 der CCPRR und gemäß ähnlichen Befugnissen, die der betreffenden Drittlandsbehörde übertragen wurden, auszutauschen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Informationen in Bezug auf:

- wenn die Anwendung eines der Abwicklungsinstrumente wesentliche Auswirkungen auf den EU-Markt oder den Markt eines Drittlands oder auf ein Unternehmen mit Sitz in der EU (oder Teil einer in der EU niedergelassenen Gruppe) oder in dem Drittland haben könnte;
- wenn die Instrumente der Positions- und Verlustzuweisung erhebliche Auswirkungen auf Geschäfte mit einem in der EU niedergelassenen Unternehmen (oder einem Unternehmen, das Teil einer in der EU niedergelassenen Gruppe ist) oder mit einem Unternehmen mit Sitz in einem Drittland haben;
- wenn das Instrument der Herabschreibung und Umwandlung die Finanzlage eines Unternehmens mit Sitz in der EU (oder eines Unternehmens, das Teil einer in der EU ansässigen Gruppe ist) oder in einem Drittland wesentlich beeinflusst;
- wenn das Instrument der Unternehmensveräußerung ein Unternehmen mit Sitz in der EU (oder ein Unternehmen, das Teil einer in der EU niedergelassenen Gruppe) oder in einem Drittland betrifft, einbezieht oder damit verbunden ist und
- wenn das Instrument der Brücken-CCP ein Unternehmen mit Sitz in der EU (oder ein Unternehmen, das Teil einer in der EU niedergelassenen Gruppe ist) oder einem Drittland betrifft.

Leitlinie 9

Im Falle einer gemeinsamen Abwicklungsmaßnahme sollten die Behörden, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben, zusammenarbeiten, um gemeinsame Verfahren und Vorlagen für eine gemeinsame Abwicklungsmaßnahme zu erstellen. Die Behörden sollten sich bemühen, Vorgehensweisen und Prozesse festzulegen, um eine kohärente und wirksame externe öffentliche Kommunikation im Zusammenhang mit Abwicklungsmaßnahmen zu erreichen.

Leitlinie 10

Mit der Kooperationsvereinbarung sollte sichergestellt werden, dass Informationen rechtzeitig ausgetauscht werden. In der Kooperationsvereinbarung sollten vorbehaltlich des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit je nach dem Grund für den Informationsaustausch und der geplanten Zusammenarbeit unterschiedliche Fristen für den Informationsaustausch festgelegt werden:

(a) Die Behörden sollten sich bemühen, einander bei der Erstellung des Abwicklungsplans gemäß Leitlinie 4 zu konsultieren und zusammenzuarbeiten, wobei die Informationen relevant sein und in einem Format vorgelegt werden sollten, das von der für die Abwicklung der CCP zuständigen Behörde so konzipiert wurde, dass ihre Relevanz für den Abwicklungsplan gewährleistet ist, und innerhalb eines bestimmten Zeitraums unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bereitgestellt werden sollten.

(b) Die Behörden sollten sich bemühen, sich auf die Verfahren und Vorkehrungen zu einigen, um sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den Grundsätzen nach Artikel 77 CCPRRR rechtzeitig und effizient über die Abwicklungsverfahren der jeweils anderen Behörde informiert sind.

(c) Die Behörden sollten sich bemühen, einander bei der Bewertung der Abwicklungsfähigkeit gemäß Leitlinie 5 zu konsultieren und zusammenzuarbeiten; insbesondere sollten die Informationen relevant sein und in einem Format vorgelegt werden, das von der für die Abwicklung der CCP zuständigen Behörde so konzipiert wurde, dass ihre Relevanz für die Bewertung der Abwicklungsfähigkeit gewährleistet ist, und innerhalb eines bestimmten Zeitraums unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bereitgestellt werden.

d) Die Behörden sollten sich bemühen, einander bei der Ausübung ihrer Befugnisse zum Abbau oder zur Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklungsfähigkeit gemäß der Leitlinie 6 einander zu konsultieren und zusammenzuarbeiten; insbesondere sollten die Informationen relevant sein und in einem Format vorgelegt werden, das von der für die Abwicklung der CCP zuständigen Behörde so konzipiert wurde, dass ihre Relevanz gewährleistet ist, und innerhalb eines bestimmten Zeitraums unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bereitgestellt werden.

e) Die Behörden sollten sich bemühen, einander bei der Ermittlung, Bewertung und Anwendung von Frühinterventionsmaßnahmen gemäß Leitlinie 7 zu konsultieren und zusammenzuarbeiten, und insbesondere einen wirksamen und raschen Informationsaustausch zu gewährleisten.

f) Die Behörden sollten sich bemühen, einander bei der Anwendung von Abwicklungsinstrumenten und der Ausübung von Abwicklungsbefugnissen gemäß Leitlinie 8 zu konsultieren und zusammenzuarbeiten, und sollten insbesondere einen wirksamen und raschen Informationsaustausch gewährleisten.

Die Behörden sollten den Eingang eines Informationsersuchens, das bei der anderen Behörde, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet hat, in dem vereinbarten Format

eingegangen ist, akzeptieren. Sie sollten die andere Behörde im vereinbarten Format über jede Verzögerung bei der Bereitstellung der angeforderten Informationen unterrichten und im Falle einer solchen Verzögerung auch eine überarbeitete Frist mit einem geplanten überarbeiteten Zeitplan für die Bereitstellung dieser Informationen vorlegen. Die Behörden sollten sich auf die Kommunikationsbedingungen einigen, indem sie unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen Listen mit Kontaktangaben erstellen, und auf die Kommunikationsmittel, z. B. die Verwendung sicherer E-Mails.

In Krisenzeiten sollten die Behörden die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch intensivieren und in einem ausreichend frühen Stadium zusammenarbeiten und Informationen austauschen, wie dies insbesondere unter den Punkten e) und f) vorgesehen ist.

5.3 Teil 3 - Aspekte der Vertraulichkeit

Leitlinie 11

In der Kooperationsvereinbarung sollte festgelegt werden, welche Art von Informationen als vertrauliche Informationen gelten. Es wird erwartet, dass die Kooperationsvereinbarung sicherstellt, dass alle Informationen, die nach dem Unionsrecht der Geheimhaltungspflicht unterliegen, im Rahmen der Kooperationsvereinbarung als vertraulich angesehen werden.

In der Kooperationsvereinbarung sollten Prozesse für die Offenlegung und Weitergabe vertraulicher Informationen festgelegt werden, um ihren Schutz zu gewährleisten und gleichzeitig ein notwendiges Maß an Informationsaustausch zwischen den Behörden und Dritten für die Zwecke der Planung oder Durchführung einer Abwicklungsmaßnahme oder für das reibungslose Funktionieren der Justiz aufrechtzuerhalten.

Die Offenlegung vertraulicher Informationen gegenüber Dritten sollte nur im Einklang mit den Artikeln 8, 73 und 80 CCPRRR erfolgen.

Ist eine Behörde rechtlich gezwungen, erhaltene vertrauliche Informationen offenzulegen, so arbeitet sie mit der anderen Behörde uneingeschränkt zusammen, um die Vertraulichkeit der Informationen zu wahren, soweit dies nach den Rechtsvorschriften der Behörde, die die Informationen angefordert hat, zulässig ist. Sie konsultiert die andere Behörde, die die Informationen zur Verfügung gestellt hat, bevor sie diese an die ersuchende Stelle weiterleitet, und wenn diese Behörde der Weitergabe der Informationen nicht selbst zustimmt, wird die Behörde, die zur Offenlegung vertraulicher Informationen gezwungen ist, Folgendes tun:

(a) die entsprechenden gesetzlichen Ausnahmeregelungen oder Vorrechte in Bezug auf die Informationen geltend machen, soweit diese verfügbar sind;

b) die ersuchende Stelle davon in Kenntnis setzen, dass eine erzwungene Offenlegung die künftige Übermittlung vertraulicher Informationen durch ausländische Aufsichtsbehörden

beeinträchtigen könnte, und verlangen, dass die Informationen von der ersuchenden Stelle vertraulich behandelt werden.

In der Kooperationsvereinbarung sollte auch festgelegt werden, dass die Weitergabe und Offenlegung vertraulicher Informationen nicht als Verzicht auf Privilegien oder Vertraulichkeit zu betrachten ist.

Leitlinie 12

In der Kooperationsvereinbarung sollte dargestellt und anerkannt werden, dass eine EU-Behörde personenbezogene Daten im Einklang mit dem geltenden EU-Rechtsrahmen, insbesondere mit der Verordnung (EU) Nr. 2018/1725 bzw. der Verordnung (EU) Nr. 2016/679, verarbeitet. Die Kooperationsvereinbarungen sollten auch auf die für die Drittlandsbehörde geltenden Rechtsvorschriften verweisen.

Die Kooperationsvereinbarung sollte sicherstellen, dass in Ermangelung eines Angemessenheitsbeschlusses gemäß Artikel 45 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/679 die Übermittlung personenbezogener Daten nur dann erfolgt, wenn die Behörde des Drittlands angemessene Sicherheitsvorkehrungen bereitgestellt hat, und unter der Voraussetzung, dass durchsetzbare Rechte der betroffenen Person und wirksame Rechtsbehelfe für die betroffenen Personen zur Verfügung stehen. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, sollte die Weitergabe von Daten nur auf anonymisierter Basis erfolgen.

Die Kooperationsvereinbarungen können sich auf die IOSCO-Verwaltungsvereinbarung über die Übermittlung personenbezogener Daten zwischen EWR-Behörden und Behörden außerhalb des EWR beziehen, sofern beide Behörden Unterzeichner sind. Als Unterzeichner sollten die Behörden bestätigen, dass sie in Bezug auf die Übermittlung personenbezogener Daten zwischen ihnen im Einklang mit der Verwaltungsvereinbarung handeln werden.

6 Anhang 1 – Muster für eine Kooperationsvereinbarung

1. Preambles

- The global financial markets involve financial institutions and groups that operate across borders, with many institutions operating both within one or more Member States of the European Union ('EU') and in *[name of third country]*.
- A recovery and resolution framework further bolsters the preparedness of CCPs and authorities to mitigate financial distress and provide authorities with further insight into CCPs' preparations for stress scenarios. It also provides authorities with powers to prepare for the potential resolution of a CCP and deal with the declining health of a CCP in a coordinated manner, thus contributing to the smooth functioning of financial markets.
- Under the domestic legal frameworks of *[name of European authority]* and *[name of third country authority]* (hereinafter collectively referred to as 'the Parties') respective jurisdictions, resolution authorities possess resolution tools and powers that can be employed to address circumstances in which a CCP *[or the group including such CCPs]* encounters serious financial difficulties.
- In order to ensure the effectiveness of resolution actions in relation to internationally active CCPs *[or the group including such CCPs]*, resolution authorities should share information and cooperate in the cross-border development of resolution plans and in the application of resolution tools and powers both in the business-as-usual situation to prepare for crisis and resolution and in a crisis and resolution situation.
- Regulation (EU) 2021/23 of the European Parliament and of the Council (hereinafter 'CCPRRR')⁶ establishes a framework for the recovery and resolution of central counterparties in the EU. It notes that Union CCPs provide services to clearing members and their clients located in third countries and third-country CCPs provide services to clearing members and their clients located in the Union. Hence, effective resolution of internationally active CCPs requires cooperation between Member States and third-country authorities and Cooperation Arrangements should ensure effective planning, decision-making and coordination in respect of internationally active CCPs.
- Article 79 of CCPRRR stipulates that the competent authorities or resolution authorities, where appropriate, shall conclude Cooperation Arrangements with the relevant third-country authorities, (a) where a third-country CCP provides services or has subsidiaries in one or more Member States, the relevant third-country authorities where the CCP is established; (b) where a CCP provides services in or has one or more third-country subsidiaries, the relevant third-country authorities where those services are provided or where the subsidiaries are established. Hence, cooperation should also take place with regard to subsidiaries of Union or third-country CCPs and their clearing members and their clients.

- The Cooperation Arrangement shall establish the processes and arrangements between the Parties for sharing the necessary information for, and cooperating in, carrying out certain tasks and exercising the powers under their respective legal frameworks in relation to the CCPs or the group including such CCPs.
- [Add specificities of the third-country Authorities RR regulation and the position for sharing information.]

2. Definitions

“CCP” means the [insert the name of the CCP(s) covered by the Cooperation Arrangement].

“Parties” means the [EU Authority] and the [TC Authority] jointly.

“EU Authority” means the [*insert the relevant authority(ies)*]

“TC Authority” means the [*insert the relevant authority(ies)*]

“Cooperation Arrangement” means the agreement herein.

“Equivalence Decision” means a decision pursuant to Article 45(3) of Regulation (EU) 2016/679.

“Resolution College” means a resolution college established pursuant to Article 4(1) of CCPRRR.

“Confidential Information” means any non-public information shared under the Cooperation Arrangement, requests made under the Cooperation Arrangement, the contents of such requests, and any other matters arising under the Cooperation Arrangement.

3. Objective of the Cooperation Arrangement

- The Parties to the Cooperation Arrangement shall cooperate to ensure an orderly and coordinated resolution and to maintain financial stability, and in order to achieve a coordinated resolution strategy consistent with relevant legal frameworks and respective responsibilities.
- Such cooperation and sharing of information will also aim at identifying the existence of cases where the resolution plan may materially adversely affect the financial stability or the domestic depositors or creditors and where consistent with responsibilities and legal frameworks, the necessary and appropriate steps to mitigate such cases.

- The Cooperation Arrangement provides the agreed cross-border arrangement for the cooperation in resolution planning and during a resolution and crisis situation between the [EU Authority] and the [TC Authority]. The Cooperation Arrangement is to support cross-border information sharing and cooperation relating to resolution, including the development of resolution plans, to plan for the application of resolution tools and powers and to apply those resolution tools and powers in a crisis or resolution situation.
- The Parties to the Cooperation Arrangement should interact, cooperate and exchange information for purposes of facilitating, among other things, the planning and orderly resolution of internationally active institutions or groups. To that end, the Parties will interact, cooperate and share information on a regular basis both during business-as-usual and in times of crisis, under the mutual understanding that a more intense cooperation and exchange of information are needed in time of crisis.

4. Scope of the Cooperation Arrangement

- The Cooperation Arrangement notes the internationally agreed principles of the Financial Stability Board guidance and in particular the Key Attributes of Effective Resolution Regimes for Financial Institutions.
- The Cooperation Arrangement is covering all areas of cooperation and sharing of information in order to support effective cross-border resolution planning and resolution action, having regard to the Parties' scope of competence and powers.
- Subject to the principle of proportionality, the Parties shall aim to share all relevant and material information, including but not limited to, general information on crisis and resolution considerations such as loss absorption and recapitalisation capacity, funding, continuity of critical functions, and operational continuity.
- The Parties shall endeavour to share the information necessary for, and to cooperate to the extent relevant to, carrying out the tasks under Article 79 of CCPRRR and exercising the powers in relation resolution for the CCPs (or identified groups including such CCPs) under CCPRRR for the [EU Authority].
- [The Parties shall endeavour to share the information necessary for, and to cooperate to the extent relevant to, carrying out the tasks under *[Insert the correct references for the TC Authority]*
- The Cooperation Arrangement is legally non-binding, it does not create enforceable rights, obligations, or liabilities; nor constitute waivers of immunity or privilege.
- The Cooperation Arrangement shall be reviewed and amended from time to time by mutual consent. Any amendment shall be reflected in writing. Any Party may unilaterally withdraw from the Cooperation Arrangement by providing reasonable prior written notice to the other Party.

Confidential information exchanged under the Cooperation Agreement shall still be considered confidential after the withdrawal of a Party.

- The Cooperation Arrangement does not supersede any domestic or EU laws. The Cooperation Arrangement does not modify or supersede prior similar arrangements or agreements, such as memoranda of understanding, or statements of cooperation unless agreed between the parties in the Cooperation Arrangement.

- The Parties should ensure that the Cooperation Arrangement does not conflict with prior similar arrangements or agreements to which they are parties.

5. Drawing up of Resolution Plan

- The Parties agree to endeavour to exchange information necessary for the preparation, drawing up and maintenance of resolution plans in accordance with Article 12 of CCPRRR and with *[insert the reference of the Commission Delegated Regulation under Article 12(7) of CCPRRR]*, adopted on the *[insert details]* and *[insert the reference to the legal framework containing the similar requirements under the law of the relevant third countries]*.

- In particular the *[TC Authority]* agrees to assist the *[EU Authority]* with information relevant for the preparation, drawing up and maintenance of the resolution plan where the information either relates to the services provided by the CCP/an EU CCP in *[name of the TC]* such a TC or where the CCP/an EU CCP has a subsidiary in *[name of the TC]* and this information is, in the view of the EU Authority, needed for the preparation, the drawing up and maintenance of the resolution plan.

- In addition, the *[TC Authority]* agrees to provide information to the EU Authority on a TC CCP from *[name of the TC]* providing services in the EU where, in the view of the *[EU Authority]*, it is relevant for the preparation, drawing up and maintenance of the resolution plan, i.e. where the resolution plan envisages the clearing offer to be taken into account.

- The *[EU Authority]* agrees to provide the following resolution related information: *[to be completed by the EU Authority]*.

- The *[TC Authority]* agrees to provide the following resolution related information: *[to be completed by the TC Authority]*.

- The Parties agree to endeavour to consult and cooperate on the exercise of powers under enforcement procedures, further specified under Article 77 of CCPRR on the recognition and enforcement of third-country resolution proceedings and *[insert references to the similar powers under the law of the relevant third countries]*.

6. Assessment of Resolvability

- The Parties agree to endeavour to exchange information in relation to the assessment of the resolvability of the CCP, that shall take place at the same time as drawing up and updating the resolution plan and in accordance with; (a) Article 15 of CCPRRR; (b) Section C of the Annex of CCPRRR; and (c) the Guidelines *[insert name]* issued by ESMA in accordance with Article 15(5) of CCPRRR, with the aim to promote the convergence of resolution practices regarding the application of Section C of the Annex to CCPRRR for CCPs regulated by CCPRRR and *[insert the reference to the legal framework containing the similar requirements under the law of the relevant third country]* for CCPs regulated by *[insert TC regulatory legal reference]*.
- The [TC Authority] agrees to assist the [EU Authority] with information relevant for the assessment of the resolvability where the information either relates to the services provided by the CCP/an EU CCP in from *[name of the TC]* or where the CCP/an EU CCP has a subsidiary in *[name of the TC]* and this information is, in the view of the [EU Authority], needed for the assessment of resolvability.
- The [TC Authority] agrees to endeavour to provide information to the EU Authority on a CCP from *[name of the TC]* providing services in the EU where, in the view of the EU Authority, it is relevant for the resolvability assessment.

7. Powers to address or remove impediments

- The Parties agree to endeavour to exchange information in relation to the application of powers to address or remove impediments to resolvability pursuant to Article 16 of CCPRRR and *[insert the reference to the legal framework containing the similar requirements under the law of the relevant third country]*.
- The Parties agree to endeavour to avoid actions that could reasonably be expected to materially impede the resolvability by interfering with the resolution plan, triggering instability elsewhere in the CCP or group, or in the financial system of the other Party's jurisdiction.

8. The application of early intervention measures

- The Parties agree to endeavour to share information in relation to the application of early intervention measures pursuant to Article 18 of CCPRRR and the corresponding Guidelines *[insert name]* issued by ESMA and *[insert the reference to the legal framework containing the similar requirements under the law of the relevant third country]*.
- The Parties agree to endeavour to cooperate in the assessment of early intervention measures by undertaking any of the following actions:

- (a) Inform the other Party where there are severe, significant and material breaches causing an early intervention measure assessment to be started,

(b) Inform the other Party that an assessment has concluded that the Authority will undertake an early intervention measure in relation to the CCP and provide a timing of the different steps,

(c) Discuss the situation and the risk it poses to the market and financial stability.

- The Parties agree to endeavour to avoid actions that could reasonably be expected to materially impede the resolvability by adopting early intervention measures that could trigger instability elsewhere in the CCP or group, or in the financial system of the other Party's jurisdiction.

9. The application of resolution tools and exercise of resolution powers

- The Parties agree to endeavour to exchange information in relation to the application of resolution tools and exercise of resolution powers under CCPRRR and *[insert the reference to the legal framework containing the similar requirements under the law of the relevant third country]*.

- The Parties shall endeavour to coordinate the public communication in the case of joint resolution actions.

10. Procedures and arrangements for the exchange of information and cooperation

- The Parties shall endeavour to exchange the information under the Cooperation Arrangement in accordance with the below:

(a) Information in relation to resolution planning shall be provided within *[insert timeline, e.g. 30 calendar days after the receipt has been received]*,

(b) Information in relation to resolvability assessment shall be provided within *[insert timeline]*,

(c) Information in relation to the application of powers to address or remove impediments to resolvability shall be provided within *[insert timeline]*,

(d) Information in relation to the application of early intervention measures shall be provided within *[insert timeline]*,

(e) Information in relation to the application of resolution tools and exercise of resolution powers shall be provided within [insert timeline].

- The Parties agree to endeavour to (i) accept the receipt of a request for information received by the other Party to the Cooperation Arrangement and to (ii) inform the other Party of any delay in providing the requested information by the deadline and provide an envisaged revised timeline for providing such information.
- The Parties shall endeavour to intensify cooperation and exchange of information under the Cooperation Arrangement in time of crisis. In such cases, the Parties agree to cooperate and exchange information at a sufficiently early stage.
- The Parties may agree to fulfil the requirements under the Cooperation Arrangement, where appropriate, through the establishment and operation of crisis management groups and resolution colleges.

11. Disclosure and onward sharing of confidential information

- The Parties shall consider as Confidential Information non-public information shared under the Cooperation Arrangement, requests made under the Cooperation Arrangement, the contents of such requests, and any other matters arising under the Cooperation Arrangement. The terms of the Cooperation Arrangement are [not] confidential.
- The Parties will hold confidential all Confidential Information and confirm that:
 - all persons dealing with or having access to any Confidential Information are subject to an obligation of professional or official secrecy or confidentiality.
 - these professional or official secrecy or confidentiality requirements apply to any person currently or previously employed by or acting on behalf of the Parties and
 - Any passing on of Confidential Information in breach of professional or official secrecy or confidentiality is unlawful in their respective jurisdiction, to the extent that the Confidential Information falls within the scope of the respective legal obligation of professional or official secrecy or confidentiality of the respective Parties.
- The Parties recognise that information pertaining to resolution planning and execution is commercially sensitive and confidential. Access to such information, as well as to any other Confidential Information, should be restricted to those officials, employees and agents of the Parties who require the information to enhance preparedness for, and facilitate, supervision, financial stability, recovery and resolution (including resolution planning) or crisis management. Such data and information should be handled carefully and appropriately in the same manner applicable to similar information in each respective jurisdiction.

- Where required for the performance of the Parties' respective legal duties in connection with supervision or regulation, financial stability, recovery, resolution (including resolution planning) or crisis management, Confidential Information may be shared with agents acting on behalf of the Parties and bound by professional and/or official secrecy and/or confidentiality obligations substantially equivalent to those set out in the Cooperation Arrangement (e.g. audit firms).

- Disclosure of confidential information to a third party should be done in accordance with Articles 8, 73 and 80 of CCPRRR and *[insert the reference to the legal framework containing the similar requirements under the law of the relevant third country]*. In some cases it should only take place with the prior written consent of the other Party and the assurance from the third party that they have a right to access the information under their legal framework and that they will not further disclose the information without prior consent of the Parties.

- When a Party is required under law to disclose confidential information received, it shall fully co-operate with the other Party in order to keep the information confidential, to the extent permitted by the laws of the Party that requested the information. It shall consult with the other Party that provided the information before transmitting it to the requesting entity and where that Party does not consent itself with passing on the information, the Party forced to disclose confidential information will:

(a) assert the appropriate legal exemptions or privileges with respect to the information as may be available;

(b) advise the requesting entity that a forced disclosure could adversely affect the future transmission of confidential information by foreign supervisory authorities and request that the information be kept confidential by the requesting body.

- The sharing and disclosure of information should not be considered as a waiver of privilege or of confidentiality.

12. Data protection – personal data

- The Parties acknowledge on the one hand, that the EU Authority processes personal data, including that contained in the information received from the TC Authority, in accordance with the applicable EU legal framework, notably with Regulation (EU) 2018/17252 or Regulation (EU) No 2016/6793 as the case may be, as well as *[Adequacy Decision]*, and on the other hand, that the TC Authority processes personal data, including that contained in information received from the EU Authority, in accordance with *[reference to the legal framework applicable to the TC Authority]*.

- *[In the absence of an Equivalence Decision, please insert the following: 'The Parties will ensure that the transfer of personal data between them will comply with the conditions on*

transfers of personal data to third countries or international organisations as stipulated by the respective legislation.']

- [If both Parties are signatories of the AA, please insert the following: 'The Parties are committed to having in place appropriate safeguards for the processing of personal data in the exercise of their respective regulatory mandates and responsibilities and confirm that they will act consistently with IOSCO's Administrative arrangement for the transfer of personal data between EEA Authorities and Non-EEA Authorities.']

--